



Bundesleitung Pensionisten
Interview mit Bundesminister
Rudolf Hundstorfer

BV 22
PENSIONISTEN

Bundesminister Hundstorfer:

„Uns ist vor allem wichtig, dass die knappen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, fair verteilt werden.“

Bundesvertretung Pensionisten: Im Umfeld der jährlichen Verhandlungen zur Anpassung der Pensionen kommt es immer öfter zu Konflikten zwischen den Generationen, die besonders von Medien geschürt werden. Welche Meinung vertreten Sie zum geltenden System der Pensionsanpassung?

Bundesminister Hundstorfer: Das derzeit geltende System zur Pensionsanpassung gibt es seit 2006 und funktioniert gut. Es stellt eine deutliche Vereinfachung gegenüber dem Prinzip der „Nettoanpassung“ dar, das zuvor die Anpassung der Pensionen geregelt hat. Es ist gewährleistet, dass durch die Anpassung zumindest der Wertverlust durch die Inflation ausglich wird. Dabei ist aber immer darauf zu achten, dass im Hinblick auf die langfristige Finanzierung der Pensionen die vorhandenen Mittel sozial gerecht aufgeteilt werden.

Unsere Altersversorgung basiert primär auf dem Umlageverfahren. In der gegenwärtigen Diskussion werden insbesondere von Seiten der Wirtschaft immer stärker private Vorsorgemodelle ins Spiel gebracht, die sich ärmere Schichten der Bevölkerung aber nicht leisten können. Wie ist ihr Meinung dazu?

Das Umlageverfahren ist das sicherste Pensionssystem, das wir kennen. Es hat auch die Weltwirtschaftskrise unbeschadet überstanden und blieb leistungsfähig währenddessen die börsenfinanzierten Pensionssysteme arg in Mitleidenschaft gezogen wurden und teilweise empfindliche Leistungskürzungen die Folge waren. Nur im staatlichen Umlageverfahren kommt es zu einer sozialen Vertei-

lung. Auch Menschen mit sehr geringen Pensionen erhalten durch die Ausgleichszulage ein Mindestniveau, mit dem sie ihr Leben finanzieren können. Das gibt es in den privaten Versicherungssystemen nicht. Es gibt sicher kein krisenfesteres System als das Umlageverfahren und mit Hilfe notwendiger Reformen wird es uns auch gelingen, dieses System langfristig zu bewahren.

Der Bericht der Pensionskommission stellt die langfristige Sicherheit der Pensionen in ein düsteres Licht. Wie sicher sind aus Ihrer Sicht in Zukunft unsere Pensionen und haben die Jungen noch Aussicht auf eine ausreichende staatliche Altersversorgung?

Das Langfristgutachten der Pensionskommission basiert auf Annahmen, die sich auch wieder ändern können, bzw. sich in der Zwischenzeit seit das Gutachten erstellt wurde, tatsächlich auch geändert haben. Wenn beispielsweise das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahrzehnten geringfügig besser ist, als jetzt von den Wirtschaftsforschern angenommen wurde, dann stellt sich das Zukunftsszenario keineswegs mehr so düster dar. Wir wissen, dass wir bei den Invaliditätspensionen ein Problem haben, daher arbeiten wir mit Hochdruck daran, die Zahl der I-Pensionisten zu senken. Unser Ziel ist es, dass die Menschen länger gesund arbeiten können. Wir haben nun ein Paket zur I-Pension in die Begutachtung gesandt, das unter anderem eine verpflichtende Rehabilitation vorsieht, bevor man einen Pensionsantrag stellen kann. Wir werden auch Maßnahmen –

Prävention, Beratung, Zusammenarbeit - setzen, um Krankheit und damit Invalidität vorzubeugen. Dadurch wird sich die Zahl der I-Pensionisten in den nächsten Jahren deutlich verringern und damit auch die Kosten für das Pensionssystem. Nicht zuletzt die Umsetzung dieser Maßnahmen wird garantieren, dass auch die Jungen in 20 oder 30 Jahren ihre staatliche Pension genießen können.

Viele Pensionen, besonders jene von Beamten im öffentlichen Dienst, haben im letzten Dezennium insbesondere durch die Deckung der jährlichen Pensionsanpassung bis zu 20 % und mehr an Realwert eingebüßt. Was ist ihre Meinung zu derartigen Pensionskürzungen und müssen wir weiterhin damit rechnen?

Die durchschnittlichen Pensionen der Beamten sind wesentlich höher als im ASVG. Die Deckelung der Anpassung, die bei der Höhe von 60 Prozent der Höchstbeitragsgrenze lag, trifft daher auch wesentlich mehr Beamte als ASVG-Pensionisten. Uns ist vor allem wichtig, dass die knappen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, fair verteilt werden. Daher profitieren die kleinen und mittleren Pensionen stärker von der Anpassung als sehr hohe. Das gilt natürlich auch für den Beamtenbereich.

Im jüngst beschlossenen Sparpaket ist vorgesehen, dass der Alleinverdiener-Absetzbetrag für kinderlose Ehepaare entfällt. Diese Sparmaßnahme trifft insbesondere jetzt kinderlose Pensionisten Haushalte, die früher im Interesse der Kindeserziehung auf einen Erwerb angewiesen waren. Welche Meinung vertreten Sie zu dieser steuerlichen Schlechterstellung?

Sparpakete sind immer schmerzlich. Wir haben bei diesem Sparpaket sehr darauf geachtet, dass die Lasten möglichst breit verteilt wurden. Es kann aber leider keine Einsparungen geben, ohne dass es jemand spürt. Man darf nicht vergessen: Zwei Drittel der Mehreinnahmen kommen von Konzernen, Banken und Spekulanten.

Was sind für Sie gegenwärtig und zukünftig die Schwerpunkte ihrer Seniorenpolitik?

Der wichtigste Punkt für mich ist sicher, dass die Pensionen auch in Zukunft finanzierbar bleiben. Wir sind dabei auf einem sehr guten Weg. Das ist auch der wichtigste Beitrag dafür, dass der Generationenkonflikt nicht weiter geschürt wird. Unser staatliches Pensionssystem wird auch in Zukunft bestehen; es ist sehr wichtig, dass sich die Jungen dieses Vertrauen in das Pensionssystem erhalten. Unsere Aufgabe ist es, dieses Vertrauen aufrecht zu erhalten – daran arbeiten wir auch sehr intensiv – nicht zuletzt durch die Reformen, die wir nun auf den Weg geschickt haben.

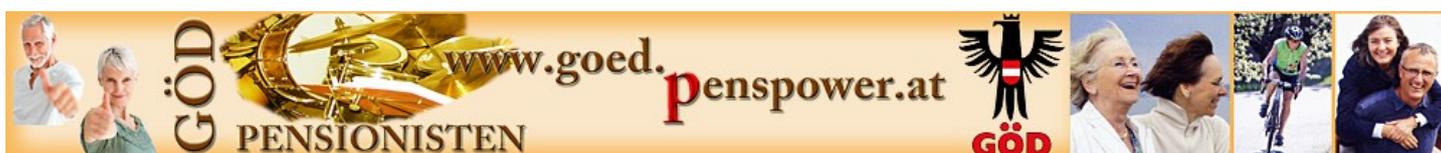
Danke für das Interview.

Zur Person!

Rudolf Hundstorfer (SPÖ), geboren 1951, engagierte sich seit früher Jugend in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG), wurde deren Vorsitzender und leitete von 2006 bis 2008 als Präsident den ÖGB. Er war Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderat sowie von 1995 bis 2007 Erster Vorsitzender des Wiener Gemeinderates.

Seit 2. Dezember 2008 ist Rudolf Hundstorfer Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz und seit 1. Februar 2009 auch Minister für Arbeit.

www.goed.penspower.at



Impressum

Herausgeber: GÖD - Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Bundesvertretung Pensionisten, Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Schenkenstraße 4, A-1010 Wien - E-Mail: webinfo@penspower.at
Fragen, Design und für den Inhalt verantwortlich: Josef Strassner